

Parlamentarischer Vorstoss

2025/445

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Schulsozialarbeit unter Druck
Urheber/in:	Miriam Locher
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	16. Oktober 2025
Dringlichkeit:	—

Die Schulsozialarbeit an den Primar- und Sekundarschulen im Kanton Basel-Landschaft hat sich in den vergangenen Jahren zu einer wichtigen Institution innerhalb der Bildungslandschaft entwickelt. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag im Zusammenspiel mit allen Beteiligten am Schulgeschehen.

Die Aufgaben der Schulsozialarbeit sind im Bildungsgesetz sowie in den entsprechenden Verordnungen für die Primar- und Sekundarstufe verankert. Mit der Gesetzesänderung auf das Schuljahr 2003/2004 wurde die Schulsozialarbeit flächendeckend an den Sekundarschulen eingeführt. In der Folge etablierte sich die Schulsozialarbeit zunehmend auch an den Primarschulen. Das Angebot, das sowohl intervenierende als auch präventive, sozialisations- und bildungsfördernde Massnahmen umfasst, stellt für die Gemeinden eine lohnende Investition dar. Für die Einführung können diese auf einen entsprechenden Leitfaden zurückgreifen.

Die Schulsozialarbeit unterstützt Kinder, Jugendliche, Lehrpersonen und Eltern in herausfordernden Situationen. Sie arbeitet vertraulich und sucht lösungsorientiert den direkten Kontakt – bei Bedarf auch in Zusammenarbeit mit Fachstellen sowie Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Trotz ihrer etablierten Stellung zeigt sich in der Praxis, dass die Ausgestaltung der Schulsozialarbeit von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ist. Gleichzeitig ist die Arbeitsbelastung deutlich gestiegen: Das Aufgabenportfolio wächst kontinuierlich, die Fallzahlen nehmen zu. Mit der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft und den gestiegenen Anforderungen an die Klassenführung sind auch die Erwartungen an erweiterte schulische Unterstützungssysteme wie die Schulsozialarbeit gewachsen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die vorhandenen Ressourcen noch den tatsächlichen Herausforderungen entsprechen. Es gilt zu prüfen, ob Synergien genutzt werden können oder ob es einer gezielten Aufstockung der Grundlagen bedarf.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Liegen dem Regierungsrat Informationen vor, wonach an einzelnen Primar- oder Sekundarschulen die empfohlenen Ressourcen für die Schulsozialarbeit nicht oder nicht vollständig ausgeschöpft werden? Falls ja: Welche Schulen sind betroffen?**
- 2. Welche Gründe sieht der Regierungsrat für eine allfällige Nichterfüllung der vorgesehenen Ressourcierung?**
- 3. Konnten die Stellenprozente der Schulsozialarbeit an den Sekundarschulen in den vergangenen fünf Schuljahren jeweils vollständig besetzt werden? Falls nein: Welche Gründe führten zu den Vakanzen?**
- 4. Welche Anreize können, geschaffen werden, um die Gemeinden zur Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel gemäss Verordnung zu motivieren?**
- 5. Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat, um sicherzustellen, dass alle Schulen im Kanton – unabhängig von der Gemeindezugehörigkeit – über vergleichbare Rahmenbedingungen in der Schulsozialarbeit verfügen, sodass Chancengleichheit im Schulsystem gewährleistet ist?**